

# Arbeitnehmer und Rentner Union

## Bundesvorstand

### Wir sagen zum UN Migrations- und UN Flüchtlingspakt- Nein-so nicht !!!!

Ein Pakt ist der Zusammenschluss einer Gruppe zur Durchsetzung von Forderungen gegenüber einer anderen Gruppe. Genau so lesen sich beide Texte. Der Migrationspakt „Global Compact for Migration“ (Bundesdrucksache 19/5530) ist vieldeutig formuliert und vermengt schönfärberisch Asyl, Einwanderung und Migration einseitig positiv. Unklar ist ob mit Migranten Kriegsflüchtlinge, Arbeitsmigranten, Klimaflüchtlinge, politisch Verfolgte, Wirtschaftsflüchtlingen oder Menschen gemeint sind die eine bessere soziale Versorgung wünschen. Diese Pakte sollen Menschen einen sicheren Grenzübertritt garantieren. Migration wird legal, indem es praktisch zum Menschenrecht erklärt wird. Beide Pakte gehen auf die „New Yorker Erklärung“ der UN Generalversammlung, vom 19. September 2016 zurück.

- Wie das ehemalige Mitglied des UN Menschenrechtsausschusses und UN Menschenrechtskommission, Prof. Christian Tomuschat im Oktober 2018 darlegte, geht es darum Migranten und Flüchtlinge durch Umsiedlung umzuverteilen. Er verwies darauf, dass durch Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland der Ermessensspielraum Deutscher Verwaltungsgerichte stark beeinflusst wird. Unsere Gerichte sind schon jetzt überfordert und urteilen immer öfter großzügig für Asylanten und Migranten.
- Die Darstellung der Bundesregierung, der Pakt ist nicht bindend ist irreführend. Offensichtlich hat keiner den Text richtig gelesen. Wörtlich heißt es „Wir verpflichten uns, Optionen und Wege für reguläre Migration anzupassen“
- Weitere Kernpunkte hat der österreichische Vizekanzler, Heinz Christian Strache mit: Garantie der Schulbildung, strengste Untersagung und Sanktionen der Ablehnung (Xpnophobie), von Flüchtlingen und Migranten in Gastländern aufgeführt und deshalb die Unterzeichnung Österreichs abgelehnt.
- Jeder normale Mensch weiß, wenn er eine Verpflichtungserklärung unterschreibt, dann verpflichtet er sich zur Einhaltung. Schon jetzt ist unsere Gesellschaft gespalten und die Sozialsysteme der Beitragszahler sind durch Asylkosten überproportional belastet. Durch die Unterzeichnung wird der Druck weiter wachsen und es ist nur eine Frage der Zeit, wann die deutsche Regierung dem Druck des Volkes weichen werden muss.
- Wir vermissen jegliche Verpflichtungserklärungen der Länder, aus denen die Migranten und Flüchtlinge kommen. Auch die Verpflichtung zur Integration der Migranten in den Gastländern, bzw. die Rücknahme straffälliger Migranten und vieles mehr fehlen gänzlich.

Die ARU fordert eine ausgewogene Überarbeitung beider Pakte. Es sind insbesondere Verpflichtungen und Maßnahmen gegen das Verlassen von Krisenländer zu verfassen und die Staaten zu verpflichten der UN ein ex territoriales Gebiet abzutreten, in welchen Personen der Konfliktparteien ein sicherer Aufenthalt ermöglicht wird.

Da die etablierten deutschen Parteien im Bundestag am 30.11.2018 bereits ihre Zustimmung zur Unterzeichnung gegeben haben, bleibt uns nichts anderes übrig, als diesen Parteien bei allen Wahlen nicht mehr das Vertrauen auf dem Wahlzettel zu geben.

Geben Sie sich eine eigene Stimme, werden Sie Mitglied in der ARU und kandidieren Sie bei jeder Wahl mit uns. Auch eine kleine Spende hilft uns bei unseren ehrenamtlichen Aktionen.

Gez. S.Koschwitz  
Parteivorsitzender

München, den 03.12.2018